



Steuertipp kompakt

STEUERKURZINFORMATION



Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen für Mitglieder von Kommunalvertretungen

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

Erlass des Ministeriums der Finanzen und für Europa vom 15. Oktober 2021 (Az.: 36 – S 2337 – 15#01#06)

HINWEIS:

In diesem Merkblatt wird erläutert, in welcher Höhe Aufwandsentschädigungen für Mitglieder von Kommunalvertretungen nach § 3 Nr. 12 Satz 2 EStG steuerfrei sind. Diese steuerfreien Beträge sind der Höhe nach bundesweit einheitlich festgelegt. Sie sind unabhängig davon, in welcher Höhe die ehrenamtlichen Mitglieder der kommunalen Volksvertretungen in den jeweiligen Ländern Entschädigungen für ihre Tätigkeit erhalten. Änderungen der Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung (KomA-EV) in Brandenburg haben hierauf keinen Einfluss.

A. Allgemeines

Die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen (Gemeindevertretungen und Kreistage) gewährten Entschädigungen unterliegen grundsätzlich als Einnahmen aus „sonstiger selbständiger Arbeit“ im Sinne des § 18 Abs. 1 Nr. 3 EStG der Einkommensteuer. Dies gilt insbesondere für Entschädigungen, die für Verdienstaufschlag oder Zeitverlust gewährt werden.

Steuerfrei sind:

- nach § 3 Nr. 12 Satz 2 EStG Aufwandsentschädigungen, soweit sie Aufwendungen abgelten, die einkommensteuerrechtlich als Betriebsausgaben berücksichtigungsfähig wären,
- nach § 3 Nr. 13 EStG aus öffentlichen Kassen gezahlte Reisekostenvergütungen.

B. Anerkennung steuerfreier Aufwandsentschädigungen (§ 3 Nr. 12 S. 2 EStG)

I. Ehrenamtliche Mitglieder einer Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung

1. Pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder sind steuerfrei, soweit sie insgesamt während der Dauer der Mitgliedschaft folgende Beträge nicht übersteigen:

In einer Gemeinde oder Stadt mit

Gültig 2013 bis einschließlich 2020			monatlich	jährlich
höchstens		20.000 Einwohnern	104 EUR ¹	1.248 EUR
20.001	bis	50.000 Einwohnern	166 EUR ¹	1.992 EUR
50.001	bis	150.000 Einwohnern	204 EUR	2.448 EUR

¹ Bei jeder Mandatsträgerin/jedem Mandatsträger bleibt jedoch mindestens der Betrag von 200 EUR (jährlich 2.400 EUR) gemäß R 3.12 Abs. 3 der Lohnsteuerrichtlinie steuerfrei. In den Fällen der Vervielfältigung der steuerfreien Beträge (nach Nr. 3, Teil B Abschnitt IV Nr. 2 und 3) kommt der Mindestbetrag von 200 EUR monatlich jedoch nicht in Betracht. Dieser ist erst mit dem vervielfältigten Betrag zu abzugleichen.

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

Gültig 2013 bis einschließlich 2020			monatlich	jährlich
150.001	bis	450.000 Einwohnern	256 EUR	3.072 EUR

Diese Beträge haben sich ab 2021 erhöht:

Gültig ab 2021			monatlich	jährlich
höchstens		20.000 Einwohnern	125 EUR ²	1.500 EUR
20.001	bis	50.000 Einwohnern	199 EUR ²	2.388 EUR
50.001	bis	150.000 Einwohnern	245 EUR ²	2.940 EUR
150.001	bis	450.000 Einwohnern	307 EUR	3684 EUR

Die Nachholung nicht ausgeschöpfter Monatsbeträge in anderen Monaten desselben Kalenderjahres ist zulässig. Dabei kann jedoch der steuerfreie Jahresbetrag uneingeschränkt nur dann angesetzt werden, wenn die Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung während eines ganzen Kalenderjahres bestanden hat.

2. Neben den steuerfreien Beträgen nach Nr. 1 wird die Erstattung der tatsächlichen Fahrtkosten für Fahrten von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück, um an Sitzungen der Gemeindevertretung, der Stadtverordnetenversammlung, der Fraktion, des Ortsvereins, Bürgerversammlungen u. ä. teilzunehmen, als steuerfreie Aufwandsentschädigung anerkannt. Bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges für die Fahrten zwischen Wohnung und Sitzungsort ist die Wegstreckenentschädigung nach dem Bundesreisekostengesetz oder dem entsprechenden Landesgesetz maßgebend.
Pauschale Fahrtkostenerstattungen – soweit sie zusammen mit den übrigen Entschädigungen die Höchstbeträge nach Nr. 1 übersteigen – sind dagegen selbst dann steuerpflichtig, wenn sie nach Entfernung oder durchschnittlichen Sitzungszahlen gestaffelt sind.
3. Die steuerfreien Beträge nach Nr. 1 erhöhen sich:
 - a) für Vorsitzende der Gemeindevertretung und der Stadtverordnetenversammlung auf das Doppelte der Beträge nach Nr. 1,
 - b) für Fraktionsvorsitzende, deren Fraktion mindestens zwei Mitglieder umfasst, auf das Doppelte der Beträge nach Nr. 1.

II. Ehrenamtliche Mitglieder eines Kreistages:

1. Pauschale Entschädigungen und Sitzungsgelder sind steuerfrei, soweit sie insgesamt während der Dauer der Mitgliedschaft folgende Beträge nicht übersteigen:

² Bei jeder Mandatsträgerin/jedem Mandatsträger bleibt jedoch mindestens der Betrag von 250 EUR (jährlich 3.000 EUR) gemäß R 3.12 Abs. 3 der Lohnsteuerrichtlinie steuerfrei. In den Fällen der Vervielfältigung der steuerfreien Beträge (nach Nr. 3, Teil B Abschnitt IV Nr. 2 und 3) kommt der Mindestbetrag von 250 EUR monatlich jedoch nicht in Betracht. Dieser ist erst mit dem vervielfältigten Betrag zu vergleichen.

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

In einem Landkreis mit

Gültig 2013 bis einschließlich 2020	monatlich	jährlich
höchstens 250.000 Einwohnern	204 EUR	2.448 EUR
mehr als 250.000 Einwohnern	256 EUR	3.072 EUR

Gültig ab 2021	monatlich	jährlich
höchstens 250.000 Einwohnern	245 EUR ³	2.940 EUR
mehr als 250.000 Einwohnern	307 EUR	3.684 EUR

2. Abschnitt I Nr. 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

III. Stellvertreterinnen und Stellvertreter der oder des Vorsitzenden von Gemeindevertretungen und Kreistagen sowie der/des Fraktionsvorsitzenden in diesen Gremien

Für die Dauer der Vertretung kann die Vertreterin oder der Vertreter den steuerfreien Betrag der/des Vertretenen ansetzen.

IV. Ehrenamtliche Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister, Ortsvorsteherinnen bzw. -vorsteher und Ortsbeiräte

1. Die Regelungen nach Teil B Abschnitt I Nr. 1 und 2 gelten auch für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und ehrenamtliche Bürgermeister, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher und für Mitglieder der Ortsbeiräte. Für ehrenamtliche Ortsvorsteherinnen bzw. -vorsteher und für Mitglieder der Ortsbeiräte ist dabei jedoch nicht die Einwohnerzahl der Gemeinde oder der Stadt, sondern die des Ortsteils maßgebend.
2. Nach § 51 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg führt die ehrenamtliche Bürgermeisterin/der ehrenamtliche Bürgermeister einer amtsangehörigen Gemeinde den Vorsitz in der Gemeindevertretung. Die steuerfreien Beträge nach Teil B Abschnitt I Nr. 1 sind bei ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und ehrenamtlichen Bürgermeistern, die zugleich Vorsitzende der Gemeindevertretungen sind, auf das Dreifache zu erhöhen.
3. Für die ehrenamtlichen Ortsvorsteherinnen und -vorsteher, die nach § 45 Abs. 2 Satz 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg zugleich Vorsitzende des Ortsbeirates sind, verdoppeln sich die steuerfreien Beträge nach Teil B Abschnitt I Nr. 1.

3 Bei jeder Mandatsträgerin/jedem Mandatsträger bleibt jedoch mindestens der Betrag von 250 EUR (jährlich 3.000 EUR) gemäß R 3.12 Abs. 3 der Lohnsteuerrichtlinie steuerfrei. In den Fällen der Vervielfältigung der steuerfreien Beträge (nach Nr. 3, Teil B Abschnitt IV Nr. 2 und 3) kommt der Mindestbetrag von 250 EUR monatlich jedoch nicht in Betracht. Dieser ist erst mit dem vervielfältigten Betrag zu vergleichen.

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

V. Mitglieder mehrerer kommunaler Volksvertretungen

Steuerpflichtige, die gleichzeitig Mitglied mehrerer kommunaler Volksvertretungen sind, können steuerfreie Entschädigungen im Sinne der vorstehenden Abschnitte I und II nebeneinander beziehen. R 3.12 Abs. 3 Satz 6 der Lohnsteuerrichtlinie ist insoweit nicht anzuwenden.

VI. Sachkundige Einwohner

Sachkundige Einwohner sind ehrenamtlich tätige Personen. Eine sachkundige Einwohnerin bzw. ein sachkundiger Einwohner ist beratendes Mitglied in einem Fachausschuss einer Gemeindevertretung oder des Kreistags. Sie bzw. er ist kein Mitglied der gewählten Volksvertretung. Sie/er kann für die Teilnahme an Ausschusssitzungen im Land Brandenburg ein Sitzungsgeld bis zu 30 Euro erhalten (§ 10 Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung – KomEAV). Bei den Sitzungsgeldern handelt sich um Bezüge, die aus öffentlichen Kassen an öffentliche Dienste leistende Personen gezahlt werden. Die Aufwandsentschädigung ist in Höhe von 1/3 der gewährten Aufwandsentschädigung, mindestens 250 Euro (200 Euro bis einschließlich 2020) monatlich steuerfrei (R 3.12 Abs. 3 LStR).

C. Wirkung der steuerfreien Aufwandsentschädigungen

Mit den steuerfreien Aufwandsentschädigungen sind alle Aufwendungen, die mit einer der genannten ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängen – mit Ausnahme der Reisekosten und Teil B Abschnitt I Nr. 2 – abgegolten. Es bleibt den Steuerpflichtigen unbenommen, ihre tatsächlichen Aufwendungen, soweit sie nicht Kosten der Lebensführung sind, die ihre wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung mit sich bringt, gegenüber dem Finanzamt nachzuweisen oder glaubhaft zu machen. In diesen Fällen können die tatsächlichen Aufwendungen insoweit, als sie die steuerfreien Entschädigungen übersteigen, als Betriebsausgaben/Werbungskosten berücksichtigt werden.

Die teilweise Anerkennung von pauschalen Steuerfreibeträgen und tatsächlichen Kosten nebeneinander ist nicht möglich; die tatsächlichen Kosten sind nur dann zu berücksichtigen, wenn sie für den gesamten Veranlagungszeitraum und für alle Kostenarten einheitlich geltend gemacht werden.

D. Anwendungsbereich

Die Regelungen der Abschnitte I und II des Teils B gelten nicht für Mitglieder von brandenburgischen Amtsausschüssen und Ausschüssen der jeweiligen Vertretungen (Kreisausschüsse und Hauptausschüsse). Entschädigungen, die diesen Ausschussmitgliedern gewährt werden, sind zu

Steuerliche Behandlung von Entschädigungen, die den ehrenamtlichen Mitgliedern kommunaler Volksvertretungen gewährt werden

einem Drittel, mindestens i. H. v. monatlich 250 EUR (200 EUR bis einschließlich 2020) steuerfrei, sofern die Anspruchsberechtigten und die Beträge durch Gesetz oder Rechtsverordnung bestimmt sind (R 3.12 Abs. 3 der Lohnsteuerrichtlinie).

Besteht keine Regelung durch Gesetz oder Rechtsverordnung, wie dies derzeit im Land Brandenburg der Fall ist, ist der Steuerfreibetrag auf monatlich höchstens 250 EUR (200 EUR bis einschließlich 2020) begrenzt.

Ist die monatliche Aufwandsentschädigung niedriger als 250 EUR (2020 bis einschließlich 200 EUR), so bleibt nur der tatsächlich geleistete Betrag steuerfrei.

Die Tätigkeit in den sonstigen Ausschüssen der Gemeindevertretung, des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung (z. B. für Bildung und Jugend) wird von den Regelungen der Abschnitte I und II des Teils B bereits berücksichtigt. Eine pauschale Erhöhung der Höchstbeträge wegen solcher Tätigkeiten kann deshalb nicht vorgenommen werden. Eine zusätzliche Steuerfreistellung nach R 3.12 Abs. 3 LStR unterbleibt daher.

Die Regelungen der Abschnitte I und II des Teil B gelten nicht bei kommunalen Zweckverbänden (z. B. Wasserversorgungs- oder Abwasserbeseitigungsverbände).